

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7306, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus wird im Einzelplan 06 in Kapitel 06 02 – Allgemeine Bewilligungen – der folgende neue Titel 68 507 aufgenommen: „Einrichtung einer ‚Beobachtungsstelle gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus‘“ und hierfür 7 Mio. Euro eingestellt.

Berlin, den 26. November 2001

**Petra Pau
Ulla Jelpke
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Analog zur „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in Wien soll in der Bundesrepublik Deutschland eine bundesweite Beobachtungsstelle eingerichtet werden.

Aufgabe dieser Stelle wäre die Unterstützung der „Europäischen Beobachtungsstelle“ u. a. durch Dokumentation und Analyse rechtsextremer Tendenzen, die regelmäßige Information der Öffentlichkeit über das Ausmaß und Hintergründe rechtsextremer Gewalt in diesem Land, die Durchführung von Dunkelfeldanalysen, um das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Gewalt zu erfassen und die regelmäßige Auswertung aller Berichte und Nachrichten zu rechtsextremer Gewalt.

Ebenso sollte zu ihren Aufgaben gehören: die jährliche Berichterstattung an den Deutschen Bundestag über ihre Arbeit, ihre Ergebnisse und ihre Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus sowie über Erkenntnisse im Hinblick auf Ursachen und Gegenstrategien gegen Rechtsextremismus.

